



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/33

8. Februar 1950

## Ein politischer Knigge

J.S. Nicht ganze fünf Jahre nach der Zertrümmerung des Nationalsozialismus, der Gewalt an die Stelle von Recht gesetzt hatte und wenige Monate nach der Inthronisierung des Grundgesetzes, das die misshandelten demokratischen Grundrechte wieder aufgerichtet hat, ist es notwendig, dass nach einem gesetzlichen Schutz dieser Einrichtung gerufen wird. Welch beschämende Notwendigkeit nach einem Anschauungsunterricht, wie ihn 15 Jahre lang kein europäisches Volk so wie das deutsche "geniessen" konnte! Und welch vernichtendes Urteil für das politische Urteilsvermögen eines Volkes, das wie kein anderes in der jüngsten Zeit Gelegenheit hatte, zwei verschiedene Systeme gegeneinander abzuwägen und das bessere zu wählen.

Gewiss, es ist nicht die Mehrheit des Volkes. Aber man muss die Remer, Richter, Dorls, Feitenhansl und Konsorten am Werke gesehen und die Menschen studiert haben, die ihnen nachlaufen, um diese Situation zu verstehen. Mit Bedauern wird man feststellen, wie unkritisch und leider oft, wie begeistert, diese Menschen alles aufzunehmen, was die heutige Verfassung zu diskriminieren vermag. Es ist, als wären die letzten Jahre spurlos an ihnen vorübergegangen.

Zugegeben, dass viele Erscheinungen es vielen Menschen schwergemacht haben, zu einem klaren Urteil zu kommen. Da ist in erster Linie die Behandlung, die Hunderttausenden von Ostvertriebenen zuteil wurde, ehe sie aus der Heimat vertrieben wurden; eine Behand-

lung die sich nur dem Namen nach von den Methoden des Faschismus unterscheidet. Da ist ferner die Politik Moskaus, des ehemaligen Verbündeten der demokratischen Westmächte. Da sind nicht zuletzt die grossen psychologischen Fehler, die am Anfang der "Umerziehung" des deutschen Volkes standen, wie Fehlurteile alliierter Gerichte, unsachliche Entnazifizierung, Behinderung der demokratischen deutschen Kräfte. Da sind schliesslich, um nicht in den alten deutschen Fehler zu verfallen, die Schuld immer bei anderen, nie bei sich selbst zu suchen, die verschiedenen Pannen einzelner Politiker, die undemokratische Vertiefung der Klassengegensätze und soziale Zustände, die an der Fähigkeit des Regimes, der allgemeinen Not zu steuern, Zweifel aufkommen lassen müssen. Dennoch, wer guten Willens war, sich ein objektives Urteil zu bilden, musste zwischen strukturellen und zeitgebundenen Mangelercheinungen unterscheiden können. Es hat aber oft an diesem guten Willen gefehlt und dort, wo etwa Zweifel aufkamen, setzten die neuen Rattenfänger ihren Hebel an.

Durch das Auftreten dieser Männer ist in den letzten Tagen wieder der Begriff Saalechlacht aufgetaucht. Das zeugt von der Schärfe der politischen Gegensätze. Man würde dem deutschen Volk einen schlechten Dienst erweisen, würde man mit Hilfe des verlangten Schutzgesetzes versuchen, diese Gegensätze zu unterdrücken. Denn Ideen, auch schlechte, kann man, wie die Vergangenheit gelehrt hat, nicht mit Gesetzen ausrotten. Das Gesetz muss aber so beschaffen sein, dass es die Umstände regelt, unter denen die Auseinandersetzungen vor sich gehen sollen. Die Arenen dieser echten politischen Kämpfe können nur Parlamente und Versammlungen sein, auf denen es parlamentarisch zugeht. An jedem anderen Ort würden Demagogie und Rowdytum die Auseinandersetzung von der politischen auf die Holzhacker-Ebene verschieben. Der Anfang dazu ist schon getan.

In der Demokratie hat das letzte Wort das Volk. Bei den bevorstehenden Länderwahlen wird sich erweisen, wieweit seit den Bundestagswahlen das deutsche Volk an politischer Reife gewöhnen oder verloren hat.

Japan steigt in Kurs

sp. Washington hat nicht einmal den Versuch gemacht, den Besuch der vier Chefs des vereinigten amerikanischen Generalstabs unter

Führung von General Omar Bradley in Japan lediglich als einen Routinebesuch zur Besichtigung der amerikanischen Verteidigungsstellungen im Fernen Osten auszugeben. So wenig auch über den Inhalt ihrer Besprechungen mit dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Mächte in Japan, General McArthur, in die Öffentlichkeit dringen wird, es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, dass sie auf die angekündigte und seit langem vorbereitete Neucorientierung der amerikanischen Ostasienpolitik von erheblichem, vielleicht entscheidenden Einfluss sein werden.

Man mag in dem Besuch einen Gegenzug des Verteidigungsministers Jonson gegen den Sieg Achesons in der wichtigen Formosa-Frage sehen. Die politischen Gegner des Außenministers haben ihr Rüstzeug seit langem schon bei McArthur geholt, bei dem sie sicher sein konnten zu hören, was sie zu hören wünschten. Als Truman sich nach der dramatischen Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates in Washington, auf der die Entscheidung über Formosa fiel, entschloss, die Generalstabschefs zu McArthur zu schicken, geschah das aus dem Grunde, auch von der militärischen Seite her ein genaues Bild von der heiklen Lage im Fernen Osten zu gewinnen, wie es der mächtige Mann auf dem wichtigsten Posten in Asien sieht. Die naheliegende Frage, warum McArthur nicht nach Washington kommt, ist oft gestellt und nie beantwortet worden. Tatsache ist jedenfalls, dass der höchst eigenwillige General seit der Unterzeichnung der japanischen Kapitulationsurkunde das Land nur einmal verlassen hat, um nach - Korea zu fliegen. In Washington war er nie mehr.

McArthur hat die gelehrigen Japaner bewogen, dem Samurai-Geiste abzuschwören. Sie schrieben es in ihre Verfassung, dass sie für immer auf das Mittel des Krieges und auf die Mittel zum Kriege verzichten. Sie mögen erstaunt gewesen sein, in der Neujahrsbotschaft des Generals in der hymnischen Sprache, deren Meister er wie kaum ein zweiter ist, zu lesen, dass Japan damit nicht auf "das unveräußerliche Recht der Selbstverteidigung gegen einen unprovokierten Angriff" verzichtet habe. Man darf überzeugt sein, dass die Japaner diese Worte nicht vergessen werden, zumal sie eingebettet sind in ein einziges Loblied auf das japanische Volk.

Seit dem Zusammenbruch des Tschiangkaischek-Regimes ist der Wert Japans für die Westmächte rasch gestiegen, vor allem nach der wohl kaum abwendbaren Preisgabe Formosas, das gestern noch als ein unerlässliches Glied in der Kette der amerikanischen Verteidigungsstellungen im westlichen Pazifik galt. Der zähe, immer selbstbewusster operierende Premierminister Yoshida bemüht sich mit grossem Geschick, diese Lage zum Vorteil Japans zu nutzen. In dem Vorstoss der Kominform gegen den japanischen Kommunistenführer Nesaka, der in dem Vorwurf gipfelte, seine zögernde Taktik gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht hemme die Entfaltung des Kommunismus in Japan, dürfte das Kabinett eine willkommene Hilfe sehen. Yoshida versteht es meisterhaft, aus der amerikanischen Sorge vor der Überflutung Asiens durch den Kommunismus japanische Münzen zu schlagen. Je stärker der kommunistische Druck im Fernen Osten wird, umso mehr steigen die Aussichten Japans, bei McArthur Gehör zu finden für Forderungen, die gestern noch undenkbar gewesen wären. Die Besprechungen der amerikanischen Generalstabschefs im Tokioter Hauptquartier können für die Japaner nur vorteilhaft sein. Sie dienen dem Zweck, die Lage im gesamten Fernen Osten zu besprechen. McArthur aber hält seit langem Japan für das wichtigste Bollwerk der Westmächte in Asien. Es ist es heute mehr als zu irgend einer Zeit seit der Kapitulation.

-0-0-0-

#### Sozialisten in Hastings und Paris

sp. Am 18. und 19. März wird in Hastings in England eine Sitzung von COMISCO mit einer umfangreichen Tagesordnung auch als Vorbereitung für die kommende grosse Kopenhagener Konferenz der angeschlossenen sozialistischen Parteien stattfinden. Man wird u.a. über die mögliche Einrichtung eines sozialistischen Sekretariates für den Europarat, über die Situation der konkurrierenden sozialistischen Parteien in Italien und auch über das Saarproblem sprechen. Zu der Konferenz sollen, wie man hört, auch Vertreter der sozialistischen Partei im Saargebiet eingeladen werden. Sowohl die SPD, als auch die SPS werden der Tagung je ein Memorandum über ihre Stellung zur Saarfrage vorlegen.

Für den 28. Februar ist in Paris ein Treffen des internationalen sozialistischen Flüchtlingskomitees vorgesehen, und zwar auf Initiative der Schweizerischen Arbeiterhilfe und der sozialistischen Parteien der Schweiz und Österreich. Die beiden Hauptpunkte der Tagesordnung werden Hilfsaktionen für sozialistische Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa sein und die Prüfung der Frage, wieweit diesen Flüchtlingen in anderen Teilen Europas oder in Übersee neue Existenzmöglichkeiten vermittelt werden können.

-0-0-0-

Der SEP - Test

-x. Was ist...? So stellt die Prüfungskommission den Studienaspiranten am Technikum in Ilmenau (Thüringen) hundert knifflige

Fragen aus allen Gebieten des Wissens. Zum Beispiel: Was ist - das Wesen der Bilanzmethode in der Planwirtschaft? Oder: Welche

Rolle spielt der Zirkulationsmittelumlauf in den VEB (Volkseigene Betriebe)? 60 Prozent der Prüflinge fallen durch. Könnten sie die

Fragen objektiv beantworten, brauchten sie sowieso das Technikum nicht zu besuchen. Man erwartet also eine subjektive Antwort von

ihnen, eine solche, die der SEP angenehm ist.

Vielleicht könnten wir einige der Aspiranten vor dem geistig-politischen Durchfall bewahren, wenn wir ihnen die Antwort auf

einige besonders schwierige Fragen verraten.

Frage 1: Was sind Monopole? - Organisationen zur alleinigen Marktbeherrschung, z.B. Eislers Meinungsfabrik.

Frage 8: Die Gesetze der Dialektik? - Ihre Wirksamkeit wird in der sowjetischen Welt geleugnet, man kennt dort zwar Thesen, die Antithese heisst jedoch Sibirien. Im übrigen kennt man drüben nur einen Dialekt, das Moskauer Sächsisch Walter Ulbrichts, und das ist schlecht.

Frage 10: Was ist historischer Materialismus? - Eine missverständliche Umschreibung der ökonomischen Geschichtstheorie - praktisch aber z.B. das geschichtliche Streben Russlands nach Ausweitung seines Besitzes.

Frage 11: Was ist Mehrwert? - Das dem Arbeiter vorenthaltene Mehrprodukt seiner Arbeit. Es setzt sich um in Luxusverbrauch der Bourgeoisie, z.B. in Westdeutschland, bleibt aber hier im Lande. Im Osten gibt es das nicht mehr, denn er verlässt Deutschland in östlicher Richtung.

Frage 19: Was ist Kommunismus? Eine fälschlich als marxistisch bezeichnete Krüppel-Form des Sozialismus, für die Marx so wenig verantwortlich ist, wie Christus für die Hexenprozesse und die Inquisition.

Frage 24: Grundsätze der sowjetischen Aussenpolitik? Njet, Wetq, Zappzarapp, Komm Frau! Uri-Uri, Reparationen aus laufender Produktion, MO, Oder-Neisse-Linie, Atom-Ausforschung, Griechisch-chinesische Nichteinmischung usw.

Frage 45: Was ist Opportunismus? - Wenn die SEP trotz unserer obigen Antworten die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Westdeutschland für zweckmässig, weil für sie nutzbringend, hält.

Der Anteil der Bezirke in Hamburg

sp. Die Höchstzahl der Delegierten zum Parteitag der SPD beträgt lt. Statut 300. Nach dem gegenwärtigen Mitgliederstand er-

gibt sich infolgedessen, nach der Grösse geordnet, folgende Verteilung auf die einzelnen Bezirke: Westliches Westfalen - 35,

Hannover - 31, Hamburg - 29, Schleswig-Holstein - 28, Franken - 21, Hessen-Süd - 20, Niederrhein - 20, Berlin - 19, Südbayern - 14,

Württemberg-Baden - 12, Östliches Westfalen - 11, Pfalz - 9, Kassel - 9, Weser-Ems - 8, Braunschweig - 8, Köln - 7, Regensburg

- 6, Koblenz - 5, Süd-Baden - 4, Rheinhessen - 2, Süd-Württemberg - 2.

-0-0-0-

SPD-Frauen gegen Pflichtjahr

sp. Der zentrale Frauenausschuss der SPD sprach sich auf seiner Sitzung in Bonn gegen die von gewissen Kreisen geplante Wiedereinführung des Nazigesetzes über ein hauswirtschaftliches Pflichtjahr aus. Der Ausschuss wird in Kürze mit positiven Vorschlägen zu dieser Frage an die Öffentlichkeit treten. Als Motto für den Internationalen Frauentag, dessen Kundgebung am 31.3. bis 2.4. in Westdeutschland und Berlin stattfinden, wurde der Grundsatz "Durch soziale Gerechtigkeit zum Weltfrieden" aufgestellt.

Während der Sitzung traf in Bonn Mrs. Eleanor Butler, Mitglied des irischen Oberhauses und des Executiv-Komitees der irischen Labour Party ein. Als Architektin interessierte sie sich vor allem für Fragen des Wohnungsbaues. Besonders beeindruckt war sie von einem Vortrag der SPD-Abgeordneten Anni Krahnstöver, die ihr eine Darstellung von den Notunterkünften von 200.000 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein gab. Es wurde beschlossen, den Kontakt zwischen den sozialistischen Frauenorganisationen Deutschlands und Irlands enger zu gestalten.

-0-0-0-

Fraktionsvertretung auf Parteitag. (sp.) Entsprechend der Gepflogenheit der Sozialdemokratischen Partei vor 1933 wird künftig, also zum ersten Mal Ende Mai in Hamburg, eine Vertretung der SPD-Fraktion des Bundestages zum Parteitag delegiert werden. Die Stärke der Abordnung wird etwa ein Zehntel des Mitgliederbestandes der Fraktion ausmachen. Auch diese Delegierten sind voll stimmberechtigt, mit Ausnahme solcher Fragen, die unmittelbar in den Arbeitsbereich der Fraktion selbst gehören.

-0-0-0-

Louise Schröder nach England. (sp.) Die weiblichen Abgeordneten aller Parteien des englischen Unterhauses haben Louise Schröder zu einem England-Besuch eingeladen. Frau Schröder wird voraussichtlich im April dieser Einladung Folge leisten.

-0-0-0-